

# Beschluss

Recht auf Mobiles Arbeiten

Gremium: Kreismitgliederversammlung

Beschlussdatum: 25.04.2021

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

## Antragstext

### 1 Kapitel 3, Selbstbestimmter arbeiten, digitale Chancen nutzen

#### 2 Zeile 228:

3 Die Möglichkeit zur Selbstbestimmung im Arbeitsleben wollen wir daher erhalten  
4 und stärken, indem wir ein Recht auf Homeoffice einführen – mit Blick auf  
5 betriebliche Möglichkeiten, aber auch mit strikten Schutzkriterien versehen. Ein  
6 Arbeitsplatz im Unternehmen muss aber ebenfalls allen zur Verfügung stehen.

#### 7 ändern in:

8 Die Möglichkeit zur Selbstbestimmung im Arbeitsleben wollen wir daher erhalten  
9 und stärken, indem wir ein Recht auf Mobiles Arbeiten einführen – mit Blick auf  
10 betriebliche Möglichkeiten, aber auch mit strikten Schutzkriterien versehen.  
11 Menschen, deren Wohnungen entsprechend geltender Arbeitsschutzstandards nicht  
12 als Homeoffice genutzt werden können, müssen, bspw. in Form von Coworking-  
13 Spaces, eine wohnortnahe Alternative zum Arbeitsplatz im Unternehmen haben. Der  
14 Mehraufwand für die Einrichtung eines Homeoffice-arbeitsplatzes oder die  
15 Anmietung eines wohnortnahen Arbeitsplatzes soll durch eine „Bleibepauschale“  
16 als Alternative zur Pendlerpauschale anerkannt werden. Ein Arbeitsplatz im  
17 Unternehmen muss aber ebenfalls allen zur Verfügung stehen.

## Begründung

Die Corona-Pandemie führt uns vor Augen, dass allein ein Recht auf Homeoffice nicht ausreichend ist, vielmehr brauchen wir ein Recht auf Mobiles Arbeiten. Vielen Arbeitnehmer:innen ist es aus unterschiedlichen Gründen nicht ohne Weiteres möglich, ihrer Tätigkeit in den eigenen vier Wänden nachzugehen. Eine Alternative sind daher Coworking-Spaces oder gemeinschaftlich nutzbare Büros in Wohnortnähe. Die Kosten hierfür oder auch für die Einrichtung eines Arbeitsplatzes zu Hause dürfen allerdings nicht zu Lasten der Erwerbstätigen gehen. Ihnen wollen wir deshalb mit der "Bleibepauschale" als Alternative zur Pendlerpauschale eine finanzielle Entlastung bieten und zugleich ihr klimafreundliches Verhalten honorieren.

## Beschluss

Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen

Gremium: Kreismitgliederversammlung

Beschlussdatum: 25.04.2021

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

1 **Kapitel 2, Mehr Steuergerechtigkeit schaffen**

2 **Zeile 662:**

3 einfügen nach: Die Länder sollten die Einnahmen dieser Steuer für die  
4 Finanzierung der wachsenden Bildungsaufgaben einsetzen. ***Kleine und mittlere***  
5 ***Einkommen sollen steuerlich stärker entlastet werden. So sollen u.a. Ausgaben***  
6 ***für Kinder, Energiekosten und Aufwendungen für die Erfordernisse mobilen***  
7 ***Arbeitens stärker anerkannt werden. Neben dem Energiegeld sollen Instrumente***  
8 ***geschaffen werden, die eine nachhaltige Lebensweise steuerlich begünstigen.***

### Begründung

Familien mit mittleren und kleineren Einkommen werden in Belangen des täglichen Bedarfs zur Zeit überproportional belastet. Dies wollen wir ändern, indem wir insbesondere Aufwendungen für Kinder, Energie und mobiles Arbeiten steuerlich besser anerkennen.

## **Beschluss**

Kap. Zusammen leben/Bürgerinnenräte: Politische Bildung ergänzen

Gremium: Kreismitgliederversammlung

Beschlussdatum: 25.04.2021

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### **Antragstext**

- 1 Zeile 358 Ergänzung: „Demokratische Prozesse müssen auf allen
- 2 transparenter vermittelt werden. Das föderale System ist komplex und es besteht
- 3 die Gefahr, dass Menschen die Strukturen und Entscheidungswege immer schwerer
- 4 nachvollziehen können, sich von Politik abwenden und die Wahlbeteiligung weiter
- 5 sinkt. Parteien allein können diese Herausforderung nicht lösen. Politische
- 6 Mitbestimmung und politische Bildung muss als Kernaufgabe der Kommunen gefestigt
- 7 und gefördert werden. Der Bund soll Mittel bereitstellen, um in jeder Gemeinde
- 8 politische Aufklärung und Mitwirkung zu ermöglichen.“

### **Begründung**

erfolgt mündlich

## **Beschluss**

Gleichstellung ernst nehmen

Gremium: Kreismitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 25.04.2021  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### **Antragstext**

- 1 Im
- 2 Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften, "Frauen an die Spitze" beantragen wir
- 3 als Kreisverband Pinneberg
- 4 folgende Änderungen
- 5 Zeile 185: Ersetze 40% (Frauen in Aufsichtsräten) mit 50%.
- 6 Und diese Ergänzung: „In Ministerien, Verwaltungen, AÖRs, kommunalen Verbänden
- 7 und kommunalen Unternehmen sollen ebenfalls 50% Frauen in Führungspositionen
- 8 angestrebt werden.“
- 9 Kapitel 4 (Bildung)
- 10 Zeile 309 Ersetze 40% (Professuren und Führungspersonal in Universitäten) mit
- 11 50%

### **Begründung**

Die Forderungen stehen hinter unseren Regelungen (Frauenstatut) und unserem Anspruch als Partei zurück, 50% der Macht den Frauen zu geben. In Koalitionsverhandlungen können solche Zahlen noch einmal beraten werden, im Wahlprogramm muss die Aussage deutlich sein: 50/50 ist GRÜN.

## **Beschluss**

Rente gerecht und gemeinsam sichern

Gremium: Kreismitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 25.04.2021  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### **Antragstext**

- 1 **Der Kreisverband Pinneberg beschließt einen Änderungsantrag zum**
- 2 **Bundestagswahlprogramm**
- 3 **Kap. 3 Solidarität sichern / Eine verlässliche Alterssicherung für Alle**
- 4 In Zeile 396 ist einzufügen: „Die gesetzliche Rentenversicherung muss als
- 5 gemeinsames Solidaritätsprojekt wieder gestärkt werden. Alle Bürger:innen sollen
- 6 entsprechend ihres Einkommens einen Pflichtbeitrag einzahlen und einen
- 7 Rentenanteil erhalten. So
- 8 sichern wir langfristig die Rente und den sozialen Zusammenhalt.“

### **Begründung**

Die Aussage im Wahlprogramm ist schwammig und wenig reformorientiert, dabei braucht es dringend eine ernsthafte und klare Aussage pro gemeinsame Rentenversicherung, in die auch Beamt\*innen und Selbstständige einzahlen. Mit ihrem Beitrag wird das Rentensystem gestärkt und eine klare Botschaft der gegenseitigen Solidarität gesendet.

## **Beschluss**

Solide Finanzausstattung für Kommunen

Gremium: Kreismitgliederversammlung

Beschlussdatum: 25.04.2021

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### **Antragstext**

- 1 **Im Kap 3 (Solidarität sichern) ist folgende Ergänzung einzufügen**
- 2 Zeile 763: Zudem muss das Steuersystem reformiert werden. Aufgrund des
- 3 gegenwärtigen Verteilungsmechanismus' gibt es keine Planungssicherheit für
- 4 Kommunen, zudem werden einige Regionen und ihre Bewohner\*innen benachteiligt.
- 5 Digitalisierung und Globalisierung haben enorme Auswirkungen auf die
- 6 Steueraufkommen und damit auf die politische Handlungsfähigkeit und
- 7 Planungssicherheit der Kommunen. Hier braucht es eine zukunftsfähige Neuordnung
- 8 der kommunalen Finanzen und Instrumente, die finanzpolitische Anreize für
- 9 sozialen Ausgleich und nachhaltige Investitionen schaffen.

### **Begründung**

erfolgt mündlich

## Beschluss

Mindesthaltbarkeitsdatum für Softwareupdates

Gremium: Kreismitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 25.04.2021  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

- 1 **Der Kreisverband Pinneberg beschließt einen Änderungsantrag zum**
- 2 **Bundestagswahlprogramm**
- 3 **Kap. 5 Zusammen leben**
- 4 Nach Zeile 818 ist einzufügen: "Über das Recht auf Reparatur hinaus soll jedes
- 5 mit dem Internet verbundene Gerät für einen garantierten Mindestzeitraum vom
- 6 Hersteller mit Sicherheits-Updates versorgt werden. Dieses
- 7 "Mindesthaltbarkeitsdatum" für Software-Updates muss einfach zu erkennen sein -
- 8 z.B. in Form eines Labels auf der Verpackung."

### Begründung

Das Recht auf Reparatur ist eine gute Idee - doch oft genug ist das Gerät überhaupt nicht kaputt sondern erhält schlicht keine Sicherheitsupdates mehr. Ein Mindesthaltbarkeitsdatum für Software würde Kund\*innen in die Lage versetzen das Risiko besser abzuschätzen und ggf. eine andere Kaufentscheidung zu treffen.

Der CCC fordert so etwas schon seit längerem. Siehe z.B.

<https://www.ccc.de/de/updates/2019/update-nicht-verfugbar-hersteller-nicht-zu-erreichen>

# Beschluss

Finanzberatung im Interesse der Kund\*innen

Gremium: Kreismitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 25.04.2021  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

## Antragstext

### 1 **Die KMV beantragt den Text im Kapitel 5 Zeile 820-827**

2 *”Häufig werden Kund\*innen Finanzprodukte angedreht, die für sie zu teuer, zu*  
3 *riskant oder*  
4 *schlicht ungeeignet sind. Diese Produkte sind häufig gut für die Gewinne der*  
5 *Banken und*  
6 *Versicherungen, aber schlecht für die Kund\*innen. Wir wollen die Finanzberatung*  
7 *vom Kopf auf*  
8 *die Füße stellen. Dafür schaffen wir ein einheitliches und transparentes*  
9 *Berufsbild für*  
10 *Finanzberater\*innen. Alle Vermittler\*innen und Berater\*innen sollen künftig von*  
11 *der BaFin*  
12 *beaufsichtigt werden. Wir wollen weg von der Provisionsberatung und schrittweise*  
13 *zu einer*  
14 *unabhängigen Honorarberatung übergehen. Dafür schaffen wir eine gesetzliche*  
15 *Honorarordnung,*  
16 *die Finanzberater\*innen stärkt und unabhängiger macht.”*

### 17 **durch folgenden Text zu ersetzen:**

18 *”Häufig werden Kund\*innen Finanz- und Versicherungsprodukte vermittelt, die am*  
19 *persönlichen Bedarf vorbeigehen. Es müssen objektive Kriterien herangezogen*  
20 *werden, um die Finanz- und Versicherungsberatung auf einen seriösen Boden zu*  
21 *stellen. Dazu wollen wir den Konzeptberatung stärken, um eine sinnvolle*  
22 *Absicherung der biometrischen Risiken und der wichtigen Sachversicherungen zu*  
23 *gewährleisten. Wir wollen dass jede\*r Finanz- und Versicherungsvermittler\*in*  
24 *eine objektive Bedarfsermittlung bei jeder\*m Kund\*in durchführt. Dafür schaffen*  
25 *wir ein einheitliches und transparentes Berufsbild für Vermittler\*innen. Alle*  
26 *Vermittler\*innen sollen künftig durch die regionalen IHKen stichprobenartig auf*  
27 *ordentliche Beratung kontrolliert werden.*

28 *Wir wollen die Honorarberatung stärken, sehen jedoch die Notwendigkeit auch*  
29 *Provisionsberatung zuzulassen, da die Akzeptanz bei Verbraucher\*innen, für*  
30 *Beratung zu bezahlen, nicht gegeben und von vielen nicht leistbar ist. Die Folge*  
31 *einer reinen Honorarberatung wäre, dass viele sich und ihre Familien nicht mehr*  
32 *absichern. Das kann gerade in Hinblick auf Altersarmut nicht unser Ziel sein.”*



## Begründung

Unbestritten kennt jede\*r von uns jemanden die\*der sich über Versicherungen und Finanzprodukte beschwert.

Das darf aber nicht zu Lasten der vielen Vermittler\*innen gehen, die gewissenhaft und am Bedarf der Menschen beraten. Genau so ließt sich aber leider der erste Satz im BuVo-Vorschlag.

Die Aufstellung eines rein auf Beratungshonoraren aufgestellten Systems halten wir für unrealistisch. Gerade junge Menschen und junge Familien haben oft nicht das Geld um für Beratung zu bezahlen. Gerade sie sollten sich aber über Berufsunfähigkeitsversicherungen, Rentenaufbau oder eine Haftpflichtversicherung Gedanken machen. Ohne Beratung werden dann oft Versicherungen im Internet abgeschlossen, die nicht zusammen passen, Risiken doppelt oder gar nicht abdecken.

Die meisten Menschen brauchen für ein gutes Konzept Beratung. In den allermeisten anderen Branchen ist es übrigens völlig unstrittig, dass Händler\*innen am Verkauf verdienen und nicht an der reinen Beratung. Viele Fachgeschäfte beklagen, dass sie beraten und daran nicht verdienen, wenn Kund\*innen dann nicht oder anderswo kaufen.

Wir wollen die Honorarberatung im Versicherungs- und Finanzbereich stärken, sehen aus den oben genannten Gründen aber auch die Notwendigkeit auch Provisionsberatung zuzulassen, da die Akzeptanz beim Verbraucher, für Beratung zu bezahlen, nicht gegeben ist und von vielen eben auch schlicht nicht leistbar. Gegebenenfalls können wir über alternative Systeme wie eine produktabhängige Beratung nachdenken.

Um für die Verbraucher\*innen eine gute Beratung zu gewährleisten müssen objektive Kriterien herangezogen werden. Wir lehnen einen Produktverkauf ab und wollen den Konzeptberatung stärken, um eine sinnvolle Absicherung der Biometrischen Risiken (z.B. Berufsunfähigkeit, Unfall, Todesfall, Rente) und der wichtigen Sachversicherungen (z.B. Haftpflicht, Hausrat) zu gewährleisten.

Wir wollen dass jede\*r Finanz- und Versicherungsvermittler\*in eine objektive Bedarfsermittlung beispielsweise nach der schon bestehende DIN 77230 bei jeder\*m neuen Kund\*in durchführt. So entstünde ein einheitliches und transparentes Berufsbild für Finanzberater\*innen dem dann hoffentlich auch nicht mehr so viele Vorbehalte entgegenschlagen. Selbstverständlich soll das auch kontrolliert werden. Wir schlagen dazu eine Kontrolle durch die regionalen IHKen vor. Bei diesen sind die Vermittler\*innen bereits alle registriert.

# Beschluss

Kap.1 Lebensgrundlagen Wachstum

Gremium: Kreismitgliederversammlung

Beschlussdatum: 25.04.2021

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

## Antragstext

1 **Von Zeile 42 bis 44 einfügen:**

- 2 Krise, das Artensterben, eindämmen wollen, dann bedarf es mehr als einer  
3 Kurskorrektur, dann brauchen wir einen neuen Kurs. *Wirtschaftliches Wachstum*  
4 *soll keine unhinterfragbare Größe mehr sein und stets dem Erhalt unserer Umwelt*  
5 *und des menschlichen Lebens dienen.* Wir machen die planetaren Grenzen zum  
6 Leitprinzip unserer Politik und verändern entsprechend die Wirtschaftsweise. Wir  
7 setzen Prioritäten.

## Begründung

Die Erzählung vom Grünen Wachstum ist sehr in Zweifel zu ziehen; wir müssen uns auch auf radikale Einschränkungen vorbereiten. Das dürfen wir unseren Wähler:innen nicht vorenthalten